

An den Oberbürgermeister
der Stadt Bochum
Herrn Jörg Lukat

Rathaus Bochum, Raum 60
Willy-Brandt-Platz 2-6
44777 Bochum

fraktion@afdbochum.de
Tel.: 0234 / 910 - 5409

Bochum, den 02. Juni 2026

Antrag zur 7. Sitzung des Rates am 18.06.2026

Austritt der Stadt Bochum aus der Initiative „Seebrücke – Sicherer Hafen Bochum“ und Aufhebung des Beschlusses zur freiwilligen Zusatzaufnahme von Migranten auf kommunaler Ebene

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bochum möge beschließen:

1. Die Stadt Bochum tritt mit sofortiger Wirkung aus der Initiative „Seebrücke – Sicherer Hafen Bochum“ aus.
2. Der Ratsbeschluss vom 11. Juli 2019 zur Erklärung Bochums als „Sicherer Hafen“ wird aufgehoben.
3. Die erklärte Bereitschaft zur Aufnahme von über das Mittelmeer in den EU-Raum eingeschleusten Personen, unter Missbrauch des Instruments der Seenotrettung, wird zurückgenommen.
4. Die erklärte Bereitschaft zur Aufnahme über die gesetzlichen Verteilmechanismen hinaus wird zurückgenommen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Organisatoren der Initiative „Seebrücke“ über diesen Beschluss zu informieren.
6. Der Rat bekräftigt, dass die Stadt Bochum ihre gesetzlichen Verpflichtungen bei der Aufnahme der ihr zugewiesenen Personen erfüllt, darüber hinaus jedoch zukünftig keine zusätzlichen Selbstverpflichtungen mehr eingehen wird.
7. Der Rat bekräftigt dabei aber ausdrücklich, dass immer dann vom Instrument der Überlastungsanzeige gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg Gebrauch zu machen ist, wenn es die Situation erfordert.

Begründung:

Der Beschluss aus dem Jahr 2019 war Ausdruck einer emotionalen und rein ideologisch geführten migrationspolitischen Debatte. Sieben Jahre später zeigt sich, dass die damaligen Versprechungen weder umgesetzt wurden noch jemals umgesetzt werden können.

Die Verwaltung der Stadt Bochum hat in ihrer Antwort auf die Anfrage „Bochum als Sicherer Hafen – Umsetzungsstand der Ratsbeschlüsse“ (Vorlage 20260770) selbst eingeräumt, dass wesentliche Ziele des Beschlusses nicht verwirklicht wurden. Zusätzliche Aufnahmen über die regulären Verteilmechanismen hinaus sind nicht nachweisbar. Weitere Maßnahmen sind nicht geplant. Ein entsprechender Handlungsbedarf wird von der Verwaltung ausdrücklich nicht gesehen.

Damit ist offensichtlich, dass die Mitgliedschaft in der Initiative „Seebrücke – Sicherer Hafen Bochum“ für Bochum keine praktische Bedeutung besitzt. Sie dient ausschließlich der politischen Selbstdarstellung und symbolischen Positionierung in Fragen, für die die Stadt weder zuständig noch verantwortlich ist.

Die Steuerung freiwilliger Aufnahmeprogrammen ist Aufgabe des Bundes. Selbst die Länder bedürfen hierzu der Zustimmung des Bundes. Kommunale Parlamente dagegen verfügen nicht über die rechtlichen Kompetenzen eine zusätzliche freiwillige Aufnahmepolitik zu betreiben.

Gleichzeitig stehen bundesweit immer mehr Kommunen finanziell unter erheblichem Druck, so auch die Stadt Bochum. Die Belastungen bei Unterbringung, Sozialleistungen, Kinderbetreuung, Schulplätzen, Wohnraumversorgung und Integration haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Allein vor diesem Hintergrund ist eine derartige Symbolpolitik dem Bürger gegenüber nicht zuzumuten. Es erscheint auch widersprüchlich, einerseits auf fehlende finanzielle Mittel hinzuweisen und andererseits politische Beschlüsse aufrechtzuerhalten, die eine Möglichkeit zu zusätzlichen Aufnahmeverpflichtungen suggerieren. Der Rat lehnt eine Politik ab, die durch kommunale Sonderbeschlüsse den Eindruck erweckt, Migration könne unabhängig von rechtlichen Zuständigkeiten oder vorhandenen Kapazitäten betrieben werden. Die Erklärung zum „Sicheren Hafen“ sendet darüber hinaus das falsche politische Signal, dass einzelne Kommunen eigenständig über zusätzliche Aufnahmeprogramme entscheiden sollten, was der bestehende ausländerrechtliche Gesetzeslage deutlich widerspricht.

Der Rat erkennt die Pflicht zur Rettung von Menschenleben in Seenot an. An den deutschen Küsten von Nord- und Ostsee ist die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger für diese lebenswichtige Aufgabe zuständig. Diesen mutigen Frauen und Männern gilt unser ausdrücklicher Dank und Respekt. Die Situation auf dem Mittelmeer hat mit der klassischen Seenotrettung allerdings wenig gemein. Das beginnt damit, dass die Personen grundsätzlich nicht aus unvorhersehbaren Umständen heraus in Seenot geraten, sondern sich freiwillig in Seenot begeben, mit dem Ziel, den Einlass in den EU-Raum zu erzwingen. Dabei handeln nicht nur die Schleuser kriminell, sondern auch die Personen, die sich einschleusen lassen. Dieses kriminelle Verhalten ist keinesfalls zu belohnen, schon gar nicht unter Umgehung der Dublin-Regelung mit einer Aufnahme in Deutschland. Unser Dank und Respekt geht in diesem Zusammenhang ausdrücklich an die italienische Regierung unter ihrer Ministerpräsidentin Giorgia Meloni (Fratelli d'Italia), die gegen diese teils kriminellen Strukturen den Kampf aufgenommen hat.

Anders als in Nord- und Ostsee ist es nämlich oftmals nicht das alleinige Ziel aus der konkreten Seenot gerettet und ans naheliegende Ufer gebracht zu werden. Vielmehr geht es doch in Wahrheit oftmals ausschließlich darum, teils über hunderte Kilometer in den nächsten EU-Hafen geschleust zu werden. Tausende Menschen begeben sich jedes Jahr in die Hände skrupelloser Schleuserorganisationen, die teilweise sogar direkt bzw. indirekt über den deutschen Steuerzahler finanziert werden. Diese Schleuser tragen ausdrücklich auch eine moralische Mitschuld an den vielen Toten auf dem Mittelmeer. Eine verantwortungsvolle Politik muss deshalb auf die Bekämpfung der illegalen Schleusung, die Sicherung der EU-Außengrenzen und die Durchsetzung rechtsstaatlicher Verfahren setzen, statt auf symbolische Aufnahmeerklärungen zu verabschieden. Bochum braucht keine migrationspolitischen Symbolbeschlüsse, sondern eine Konzentration auf seine kommunalen Kernaufgaben. Der Austritt aus der Initiative „Seebrücke – Sicherer Hafen Bochum“ schafft Klarheit über die Zuständigkeiten und beendet eine Mitgliedschaft, deren politische Ziele weder umgesetzt wurden noch im Verantwortungsbereich der Stadt Bochum liegen oder jemals lagen.

Mit freundlichen Grüßen

Maik Klaus

Ratsherr und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD – Fraktion im Rat der Stadt Bochum